

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postbestellung ohne Bestellgebühr monatlich 1,- M., bei Zustellung unter Streifenband 1,- 20. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postverordnungen für 1919 eingetragene Zeitung. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtsprachige Normalzeile oder deren Raum 1,20 M., Wohnungsanzeigen das selbstdruckte Wort 60 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Erzurungszuschlag 50 Proz. Familien- und Verlagsanzeigen (außer der Zeitung) frei. Insetats für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9764

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Letzow-Vorbed in Hamburg.

## Es soll einmarchiert werden!

Hamburg, 29. Juni.

Ein Aufmarsch der Hamburger Arbeiterschaft wurde heute von General v. Letzow-Vorbed, dem Militär-Überbefehlshaber der Reichsregierung gegen Hamburg, empfangen. Der Aufmarsch sprach den Wunsch aus, daß jetzt, nachdem Ruhe und Ordnung in Hamburg herrsche und die Hamburger Volkswirtschaft die Entwaffnung durchführe, der Einmarsch der Truppen unterbleibe. General v. Letzow-Vorbed erklärte daraufhin, daß der Einmarsch auf den Befehl der Reichsregierung erfolge und notwendig sei, erstens, zur planmäßigen Durchführung der Entwaffnung, zweitens, zur vollständigen Neuorganisation der Sicherheitswehr und drittens, zum Schutze der Lebensmittelversorgung nach der Tischschloßwafel.

## Kein Ende des Eisenbahnerstreiks.

Von der Streikleitung der Eisenbahner wird uns mitgeteilt, daß der in der Presse veröffentlichte Bericht über die Versammlungen der Eisenbahner am Sonnabend irreführend ist. In diesen Versammlungen ist nicht beschlossen worden, daß der Streik aufgehoben ist. Im Gegenteil, es sei überall eine Resolution angenommen worden, die sich für die unverminderte Fortsetzung des Streiks ausspricht.

Auch in der gestrigen Versammlung der Beamten im Birkus Busch sei die Fortsetzung des Streiks beschlossen worden.

## Ist Noskes Streikerlaß aufgehoben?

In einer Meldung des W.D.B. ist gestern abend mitgeteilt worden, daß das Streikerlaß Noskes aufgehoben sei. Es hat jedoch bei den Eisenbahnern begriffliches Aufsehen erregt, daß diese Aufhebung des Verbots bisher nur durch eine Mitteilung eines Telegraphenbüros verbreitet worden ist und daß ein förmlicher Erlaß Noskes, der die Aufhebung verfügt, bisher nicht vorliegt. Dieser Erlaß ist aber nötig, um etwaigen Strafverfolgungen jede Grundlage zu entziehen.

Wie uns ferner von der Streikleitung der Eisenbahner mitgeteilt wird, sind die Streikposten, welche bei der Hauptverkehrsstelle Tempelhof aufgestellt waren, heute morgen gegen 9 Uhr von Regierungstruppen verhaftet worden. Der Führer der Truppe äußerte sich, er habe Befehl, sämtliche Streikposten zu verhaften und nach Noabit zu schaffen. Auch in Grunewald sind heute morgen einige Arbeiter bei der Eisenbahn verhaftet worden.

Durch diese Verhaftungen ist erneut bei den Eisenbahnern die Ansicht entstanden, daß der Erlaß Noskes, der den Streik verbietet, gar nicht aufgehoben ist. Es ist also notwendig, daß sofort durch eine offizielle Kundgebung der Erlaß formell aufgehoben wird.

## Die Rückkehr der Sieger.

London, 29. Juni.

König George und die Friedensdelegationen sind heute abend in London eingetroffen und auf dem Bahnhof von König und den Mitgliedern des Kabinetts begrüßt worden. In Downing Street hielt Lord George eine Ansprache an die Menge, in der er das Volk aufrief, sich des Sieges nicht im Geiste der Prahlerei, sondern im Geiste der Ehrfurcht zu freuen.

Paris, 29. Juni. (Reuter.)

Wilson ist nach New York abgefahren.

## Protest gegen die Regelung der Schantung-Frage.

Paris, 29. Juni. (Reuter.)

Die Weigerung der chinesischen Delegation, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ist dem Reuterischen Bureau amtlich mitgeteilt worden. In dem Durcheinander, das bei der Unterzeichnung in Versailles herrschte, entging diese Tatsache der allgemeinen Aufmerksamkeit. In der Erklärung, in der die Gründe

für diesen Schritt dargelegt werden, erinnert die chinesische Delegation daran, daß sie die Ungerechtigkeit der Regelung der Schantungfrage empfindet, und daß die chinesische Delegation am 4. Mai dem Rat der Völker einen Protest überreicht habe.

Die Erklärung legt weiterhin dar, daß der Beschluß der Konferenz, Japan die deutschen Rechte in Schantung zu übertragen, einen nationalen Protest erzeugt habe; daher sei die chinesische Regierung im Hinblick auf den vereinten Widerstand der öffentlichen Meinung gezwungen, die Annahme der in Frage kommenden Klausel abzulehnen.

## Wie es gemacht wird.

Einen krassen Fall offensichtlicher amtlicher Förderung von Unruhen deckt unser Stuttgarter Parteiblatt „Der Sozialdemokrat“ auf. In Stuttgart wurde dieser Tage ein Flugblatt mit der Überschrift „Masse heraus!“ verteilt, in dem zum Generalstreik aufgerufen wird. Das Flugblatt ist von der kommunistischen Partei unterzeichnet und in der Spartakusbücherei in Tübingen gedruckt. Das Flugblatt ist echt, es ist aber im März hergestellt und damals bei Schließung der Druckerei beschlagnahmt worden.

Mit Recht fragt unser Stuttgarter Parteiblatt: „Wie konnte dieses Blatt jetzt verteilt werden? Ist der amtliche Beschluß des Blattes nicht sicher? Sollte es der gewünschte Spartaufbruch zustandekommen? Wir fordern die Regierung und den Bürgerrat zur Antwort auf.“

Auch wir fordern unerbittliche Aufklärung dieses Falles, der uns recht charakteristisch erscheint für die Methode, mit der die mandanten einflussreichen Kreise erwünschte Putschstimmung erzeugt werden soll.

## Das Verbot der „Freien Welt“

Ein Brief an die Reichsregierung.

An den

Herrn Ministerpräsidenten Bauer

Der Herr Reichswehrminister hat die illustrierte Wochenchrift „Die freie Welt“ wegen „aufreizenden Inhalts“ des Heftes 7 verboten. Eine nähere Angabe, welche Meinungsäußerung oder bildliche Darstellung zu diesem Verbot geführt hat, fehlt. Es läßt sich trotz aller Erfahrungen mit der neubeherrschten Zensur wohl nicht annehmen, daß das berühmte Titelbild von Honoré Daumier dazu geführt hat. Es darf auch als ausgeschlossen gelten, daß die Baseler Rede von Jaurès für das Verbot mitbestimmend gewesen ist. Ebenso kann der Gedanke kaum aufkommen, daß die Erzählung von Tolstoi „Der Teufel“ bei dem Herrn Reichsminister Anstoß erregt hat. Das historische Dokument, das die Namen A. Liebknecht und Scheidemann nebeneinander trägt, scheidet für das Verbot wohl auch aus. Die feinen Zeichnungen von Barlach „Frost und Hunger“ können nur in dem Gebiete eines verbotenen Kapitalismus, wie es kaum noch zu finden ist, aufreizend wirken. Die photographischen Reproduktionen von Strafenbildern und bekannten Persönlichkeiten, die in gleicher Art in allen illustrierten Zeitschriften vorkommen, können auch vom Standpunkt eines Politikers nicht beanstandet werden. Es bleiben dann nur noch die Zeichnungen von George Grosz „Das Wasser spült die März-Geordnetens ans Land“ und die Zeichnung von H. R. über marante Persönlichkeiten im Labour-Prozeß übrig. Eine Behörde, die künstlerische Erzeugnisse mit brutaler Unterdrückung verfolgt, würde sich selbst das Urteil sprechen.

Auch in der wilhelminischen Periode hat die Zensur vor Bild, Ironie, Karikatur im künstlerischen Gewande Holz gemacht. Oder, falls ein untergeordnetes Organ doch einmal sich auf diesem Gebiet einen Mißgriff erlaubte, ist unter dem Einfluß der öffentlichen Meinung sofort eine Remédur eingetreten.

Wir ersuchen das Gesamtministerium, im Interesse der Freiheit des Wortes und der Kunst das Verbot der „Freien Welt“, das zu den schwersten ideellen und materiellen Schädigungen bereits geführt hat, sofort aufzuheben.

Wir sehen uns zu dieser Beschwerde veranlaßt, da das Ministerium bis heute noch nicht von sich aus dieses unerbittliche Verbot aufgehoben hat.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“.

## Der imperialistische Friede und der Sozialismus.

Von Daniel Renault (Paris).

Die „Humanité“ vom 21. Juni bringt dem nachstehenden Artikel, den wir wiedergeben, weil er die weitgehende Übereinstimmung unserer Auffassungen mit denen der sozialistischen Partei beweist und zeigt, daß der Standpunkt, der Friede müsse unter solchen Umständen, auch von unseren französischen Genossen geteilt wurde.

Die deutsche Regierung hat sich darin gefügt, den Frieden zu unterzeichnen.

Wir freuen uns dieses Beschlusses, um der Menschheit, um Frankreich, aber auch um des deutschen Volkes willen.

Die Verzögerung der Unterschrift bedeutete die Verlängerung des Kriegszustandes für unser erschöpftes Land und für unsere Verbündeten; sie bedeutete für alle Völker während neuer Monate alle moralischen und materiellen Leiden, die seit fünf Jahren der Kriegszustand dem Menschen gelehrt anfertigt.

Die Verzögerung der Demobilisierung, der Zwang des Belagerungszustandes und der Zensur, eine neue Zerstörung unseres ökonomischen Lebens und eine neue Explosion der nationalen Rassen, das wäre mit der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unter Schwärzen gewesen.

Was Deutschland betrifft, so konnte es, entworfen, ohne Verteidigungsmöglichkeiten, von einem unglückseligen Widerstand nur die Verdoppelung des Elends, die Verschärfung der infamen Blockade, die Frauen und Kinder morden, erwarten, um zuletzt, die Stirn im Staube, doch noch viel härtere Bedingungen annehmen zu müssen.

Alle guten Franzosen, alle Menschen, die noch dieses Namens würdig sind, müssen deshalb diesen Tag als eine Befreiung betrachten, der im nächsten Monat des Waffenstillstandes und endlich die Hoffnung bringt, daß der furchtbare Krieg sich schließen wird.

Aber an diesem historischen Tage, an dem wir den Frieden begrüßen, würden wir unsere Pflicht als Sozialisten, als Republikaner, die den großen Liebesleistungen unserer Väter — und darauf legen wir Wert — treu geblieben sind, als Franzosen, die um die Zukunft besorgt sind und um die Ehre unseres Landes, wie würden diese unsere Pflicht verletzen, wenn wir nicht verkündeten, daß wir nie und niemals die Bedingungen dieses Friedens akzeptieren, daß wir sie mit all unserer Kraft verwerfen, weil sie ebenso ungerecht als den Interessen Frankreichs entgegensteht.

Es ist eine große und gefährliche Verführung, dem Krieg, den man einen Krieg des Rechts genannt hat, einen Abschluß der Gewalt und der Unbill zu geben.

Die Völker glauben — und das französische Volk mehr als alle anderen — den großen Versprechungen, durch die man während vierzehn Jahren den Mut der Kämpfer den anerkennen wollte. Sie hatte insbesondere den Worten des Präsidenten Wilson vertraut, der eben so, ja noch mehr als der preussische Imperialismus der Westseite von heute ist.

Genau, die Sozialisten wählten auf Grund ihrer Lehre, die sich stets bewährte und den wechselnden Wirklichkeiten stets überlegen war, daß die kapitalistische Gesellschaft keine vollständige Ordnung und Brüderlichkeit zwischen den Nationen schaffen konnte. Sie wußten, daß der Klassenkampf zur unauflösbaren Folge den Mut der Kämpfer anderer und als die organisierte Macht der herrschenden Klassen. Aber man konnte doch etwas Maß und Klugheit erhaschen. Man hätte doch wenigstens damit rechnen dürfen, daß die Führer der kapitalistischen Staaten der Entente, wenn sie sich schon weigerten, auf die Stimme ihrer Parlamentarier zu hören, wenigstens auf die Stimme des großen Bourgeois hören würden, durch dessen Eingreifen es ihnen vergönnt war, den Krieg zu gewinnen.

Aber es war nichts damit. Die Wilsonschen Annahmen führten zu keinem praktischen Resultat. Der Frieden, den man dem deutschen Volke auferlegt, ist ein Friede der Gewalt, der Friede Bismarcks, und das einzige Recht, das hier triumphiert, ist das Faustrecht. Wir haben bis

Wald über die Umwandlungen, die das Saarbecken, die Westgrenze Deutschlands, den Rand der deutschen Kolonien, die übermäßigen ökonomischen Forderungen betreffen, das Nötige gesagt, so daß heute darauf zurückzukommen hier nicht erforderlich ist.

Der Friede, den unsere Regierungen dem deutschen Volke auferlegen, ist der Friede, den Wilhelm II. dem französischen Volke auferlegt hätte, wenn das Kriegsglück anders entschieden hätte.

Wir bekämpfen, daß dieser Friede, gerade weil er ungerecht ist, Gefahren für Frankreich birgt. Zunächst häuft er fürchterlichen Haß gegen unser Land. Er verschärft jenseits des Rheins aufs furchtbarste die Nachgedanken. Er bringt die Bevölkerung unserer verwüsteten Gebiete um die Wiedergutmachung, die in vernünftigen Grenzen leicht und sofort durchzuführen gewesen wäre. Er legt uns schließlich die Bürde des dauernden Militärtarismus auf sowie die Notwendigkeit einer längeren militärischen Vorgehung mit all den vernichtenden finanziellen Kosten, unter denen wir zusammenbrechen.

Rein, dieser Friede, der gleichermäßen gehässig und ungerecht ist, ist nicht der unsere, nicht der des französischen Volkes und seiner heldenhaften Soldaten. Die sozialistische Partei unseres Landes wird das mit lauter Stimme sagen, sie wird die Verantwortung vor der Geschichte ablehnen, wie das im Jahre 1871 Vebel und Liebknecht der Vater taten, als Frankreich es war, das vernichtet und beraubt am Boden lag.

Und heute angeführt des weltumspannenden Vormarsches des Sozialismus erklären wir laut, indem wir alle revolutionären Völker zum Handeln anrufen, daß dieses feierliche Gelöbnis der Partei den Wert eines Aktes haben wird, dessen heilende und versöhnende Wirkungen sich schon in nächster Zukunft entzünden werden.

### Die Fronte.

Die „Königlich Preussische 10. Infanterie-Division“ versendet laut dem „Vorwärts“ folgende Kundgebungen: Sr. Reichswehrgabegabe Nr. 5 (10. Infanterie-Division) Abt. Ia Nr. 5027.

Wetzlar, den 26. Juni 1919.

Folgende Entschlüsse sind an die Reichsregierung gerichtet worden:

1. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages hat eine ungeheure Enttäuschung in der Armee hervorgerufen. Das Offizierskorps empfindet besonders das Eingehen auf die Schmachparagrafen als bitterste Ehrenkränkung. In zahlreichen Erklärungen haben die Offiziere schon vor der Unterzeichnung zum Ausdruck gebracht, daß sie unter einer Regierung, die diesen Vertrag unterschreibt, nicht im Dienst bleiben werden.

Die Not des Vaterlandes und die Folgen, die ein Auscheiden aller Führer bei dem inneren Zustande im Reiche haben würden, sind es aber einzig und allein, die die Offiziere veranlassen, ihren Entschluß zunächst nicht auszuführen. Dem Vaterlande bewahren die Offiziere die Treue, sie schätzen es vor dem inneren Zusammenbruch. Das Vertrauen zu einer Regierung, die der Armee und dem Volk eine derartige Schmach angehen hat, hat das Offizierskorps aber verloren.

A. O. A. S. d. Oberbefehlshaber, gez. v. v. Vorne, General der Infanterie.

2. Von sämtlichen Truppenteilen der 5. Reichswehrgabegabe und den deutschen Einwohnern der zur polnischen Anwartschaft verdamnten Kreise Nowitsch, Bissa, Braustadt treffen unausgesetzt Kundgebungen ein, die entgegen der feigen und schmachvollen Unterzeichnung des Gewaltfriedens dem unbedingten Kampf gegen Polen fordern.

Offene Auflehnung gegen die jetzige Regierung und Vergehen von blutigen Mord kann nur durch die öffentliche Erklärung der Regierung verhindert werden, daß sie

1. sofort mit der polnischen Regierung in Warschau über vernünftige Grenzverhältnisse verhandelt,

2. unverzüglich dafür sorgt, daß die seit den letzten Tagen in der Provinz Polen erscheinenden Masseninternierungen deutscher Volksgenossen abgestellt und diesen allen sofort die Freiheit wiedergegeben wird.

3. Unabwiesliche Sicherungen für Freiheit und würdige Behandlung aller in den jetzt von den Polen besetzten und noch abzutretenden Gebiet anhängigen deutschen Volksgenossen seitens der polnischen Machthaber verschafft. Außerdem ist sofortige Entsendung eines Regierungsbotschafters zur Prüfung der Verhältnisse an der neuen Reichsgrenze unbedingt erforderlich; die ganz willkürlich gezogene Grenze überläßt kein deutsche Orte den Polen, während einige nicht derartig ausgeprägte deutsche Orte verbleiben. Zur Veranlassung der sehr erregten Gemüter von Bevölkerung und Truppe ist sofortige Stellungnahme der Regierung in obigem Sinne erforderlich.

Sr. Reichswehrgabegabe Nr. 5.

Verteiler: bis einschl. Post- und selbst. Formationen an die Zellungen Schlesiens und der Ostmark sowie die großen Tageszeitungen.

Abdruck zur Kenntnis.

A. V. gez. Gelpke, Hauptmann im Generallstab.

Kehnliche Kundgebungen wie diese werden jetzt unter dem Einfluß der feindlichen Offiziere von verschiedenen Stellen an die Regierung gerichtet. Die „Post“ gibt folgende Drohung aus Breslau wieder, die angeblich von den dort stehenden Grenzschutztruppen stammt:

„Einen Frieden, unterzeichnet von einer Regierung, die von keinem Deutschen ermächtigt war oder wurde, ein derartiges Schmachgedikt zu unterzeichnen, erkennen wir nicht an. Für eine Regierung, die ihr Wort, keinen Schritt deutschen Bodens preiszugeben, treulos gebrochen, ist kein Platz mehr im deutschen Vaterland. Wir, die wir einstens berufen wurden, deutschen Boden, deutscher Bürger mit unserem Blute zu schützen, bleiben treu unserem Schwur: Was deutsch ist, wird deutsch bleiben. Polen ist deutsch!“

Wir werden dafür sorgen, daß von dieser deutschen Provinz nicht ein Fuß in polnische Hände gerät!

Wir verlangen, daß die jetzige Strohpuppenregierung ersetzt wird durch eine Regierung von Männern, die deutsch denken, fühlen und handeln.

Wir fordern von unseren obersten militärischen Stellen, daß sie unverzüglich den Befehl geben, Polen wieder zu erobern.“

Im Namen des Bezirksrates

der gesamten Truppen des Unter-Abchnitts Wirnbaum (Unterschriften).

Die derartige Kundgebungen „der Truppen“ zustandekommen, wissen wir aus den Vorgängen im Korps Wittich, wo die Mannschaften gegen ihre Ueberzeugung zu friedensfeindlichen Beschlüssen veranlaßt wurden. Wir würden uns aber auch gar nicht wundern, wenn Teile der Mannschaften, die im Osten stehen, unter dem verheerenden Einfluß der Offiziere zu Beschlüssen kämen, deren Ausführung unabsehbare Elend, neue Wirren und kriegerische Konflikte über das Reich heraufbeschwören würde. Allzu lange hat die Regierung die Truppen der nationalistischen und militaristischen Agitation ausgeliefert, als daß sich jetzt nicht die bösen Früchte dieser Politik zeigen sollten. Jetzt allerdings schreibt der „Vorwärts“, der dieses Treiben mit aller Macht förderte, Peter und Morio:

„In dieses Vernein — schreibt er —, das sich nicht scheut, mit Aufbruch und Blutvergießen zu drohen, muß mit fester Hand hineingegriffen werden.“

Wer nicht mit Unrecht beschuldigt die konservative Presse gerade den „Vorwärts“ und seine Partei, daß sie jetzt feige vor den Konsequenzen einer Politik zurücktreten, die sie selbst systematisch gefördert haben.

## Die Lage in Hamburg.

200 Meter Abstand!

Von der Nachrichtenstelle des Detachements Lettow-Vorbeck wird der Presse folgendes zur Veröffentlichung übergeben:

Die Vorgänge der letzten Tage zeigen die Notwendigkeit, die Hamburger Bevölkerung vor Unvorsichtigkeit zu bewahren. Der besondere Charakter des Straßenkampfes bringt eine Gefährdung des Publikums mit sich, wenn es gewisse Verhaltensregeln außer acht läßt. Es ist für die Truppen unmöglich, gleich zu erkennen, ob sie harmlose Passanten oder Feinde vor sich haben. Es kommt immer wieder vor, daß eine Patrouille

von 200 Mann sich auf einem öffentlichen Platz vor einer verlassenen Menge von einem wütenden Mob umgeben sieht, ebenso wie umgekehrt die Leute, die noch eben mit Feuerwaffen und Handgranaten einen heftigen Kampf gegen die Truppen führten, sich im Umsehen in friedliche Bevölkerung verwandeln, wenn die Truppe die Oberhand gewinnt. Vor solchen Ueberrassungen müssen sich unsere braven Jungen schützen. Das Publikum darf sich den Truppen nicht mehr als auf 200 Meter nähern. Diesen Abstand brauchen die Truppen für ihre Sicherheit, um Feindschaft und Feind auszuhalten zu können. Falls die Bevölkerung versuchen sollte, auch unter harmloser Maske die Truppen zu umzingeln, muß sie sich klar darüber sein, daß die Soldaten sich vor unliebsamen Ueberrassungen sichern müssen. Wenn alle Vorurteile nicht helfen, würde die Truppe genötigt sein, schließlich das Feuer zu eröffnen. Möchte sich jeder klar sein, daß die Pflicht der Selbsthaltung der Truppen zum Feuern geringen mühe. Bis 200 Meter Abstand! Am besten wird aber die ordnungsliebende Bevölkerung überhaupt von der Straße fernbleiben.

Panzerzüge, Panzerkraftwagen und Tanks.

Von der Nachrichtenstelle des Detachements Lettow-Vorbeck wird mitgeteilt: Der Aufmarsch der Truppen des Generals von Lettow-Vorbeck geht planmäßig vor sich. Durch das Eintreffen von Panzerzügen, Panzerkraftwagen und Tanks ist die Operationskraft des Detachements im Laufe der Nacht und des gestrigen Tages erheblich gewachsen.

Verständigung, nicht Tanks!

Die „Berliner Volkszeitung“ schreibt: Angesichts der Werbung von dem „planmäßigen Aufmarsch“ mit Panzerwagen und Tanks unterstreichen wir noch einmal mit allem Nachdruck alles das, was wir in den letzten Tagen über die Verständigungspolitik im allgemeinen und die Hamburger Vorgänge im besonderen gesagt haben. Wir kommen aus dem Elend des Bürgerkrieges niemals heraus, wenn nicht endlich einmal neue Wege versucht werden! Neue Wege? Es sind alte; denn die Verständigungsabsicht steht seit dem November als erster Punkt auf dem außenpolitischen Programm unserer Regierung. Was wir nach außen hin fordern, müssen wir schließlich im eigenen Lande zu allererst in die Tat umsetzen!

Kein Kampf mit der Waffe.

Die „Hamburger Nachrichten“, ein bürgerliches Blatt, enthält folgende Zuschrift:

Ueber die Zustände in Hamburg werden offensichtlich und unablässig die tollsten Gerüchte verbreitet im Reiche. Es wird so dargestellt, als ob in Hamburg mit Waffengewalt ein politischer Umschwung herbeigeführt werden soll. Alle Parteien haben erklärt, daß sie mit denartigen Umtrieben nichts zu schaffen haben. Die Volkswehr wird in auswärtigen Zeitungsberichten mit der Berliner Volks-Marine-Division identifiziert. Die Mitglieder der Volkswehr legen auf das Schärfe dagegen Verwahrung ein. Sie arbeiten fest ohne Aufheben seit Tagen für die Entlassung unverantwortlicher Elemente. Die Hamburger Arbeiter unterstützen, daß ihre Stärke nicht auf dem Kampf mit der Waffe beruht, sondern daß sie ihre Bestrebungen auf Grund ihrer wirtschaftlichen Stärke im Produktions-Prozess erkämpfen können. Aus diesem Grunde haben sich die Arbeiter bereit erklärt, die Volkswehr in ihrer schwierigen Arbeit zu unterstützen und als Ordner bei Ansammlungen aufzutreten und bewachend eine Waffe zu betätigen, um dadurch niedrigere und unläutere Elemente von Ansammlungen abzuhalten. Die Gesamtbewegung Hamburgs wird erluchtet, der Volkswehr und der Arbeiterschaft, die mit dieser zusammenarbeitet. Seine Schwierigkeiten zu beseitigen und deren Unordnungen und Dinge Folge zu leisten. Ferner wird darauf hingewiesen, daß es nötig ist, unläutere Elemente nachs von der Straße fernzuhalten und daß die Polizeistunde streng innegehalten wird, wie sie durch die Bestimmung über den Vorgesangszustand festgesetzt worden ist. Es ist jetzt wieder sowohl im Freizeitan als auch in der Stadt die ruhige Abwicklung des öffentlichen Verkehrs zu verzeichnen. Die notwendigen Maßnahmen werden energisch durchgeführt werden, um auch für die Zukunft das öffentliche Leben sicher zu stellen. Volkswehr und Arbeiterschaft werden diese Aufgaben lösen, ohne die Einwohnerwehr dabei zur Hilfe zu nehmen.

Hamburg, 30. Juni.

Im Auftrage des Militärbevollmächtigten und des Generalmajors von Lettow-Vorbeck gibt der Kommandant von Beob-

## Das neue Europa.

Wenige Wochen vor Ausbruch der deutschen Novemberrevolution hat Emil Lederer „Einige Gedanken zur Soziologie der Revolutionen“ niederschreiben, die jetzt im Neuen Geist-Verlag erschienen sind: Von dem Geschehen der russischen Umwälzung ausgehend, sucht er die soziologischen Bedingungen jeder Revolution zu erkennen und scheidet die drei Phasen der revolutionären Entwicklung als das Aufstehen der Idee, ihre Wandlung zur revolutionären Idee und ihre Umsetzung in Wirklichkeit durch den umwälzenden Akt der Gewalt. Gewalt als Mittel zur Durchsetzung einer Idee finde ihre innere Rechtfertigung darin, daß nicht die Macht der Revolution das Recht gebe, sondern sie „aus der Idee das Recht nehme, Macht zu gebrauchen“.

Sehr wesentlich sind seine Bemerkungen über die innere Notwendigkeit einer Entwicklung, die von der partipolitischen Wahldemokratie zur Organisation in Betrieben und dem entsprechenden Aufbau der führenden Kräfte leite und der Hinweis auf die Ausschließlichkeit der sozialen Massenausbeziehung als dem immanenten Gesetz jeder tiefgreifenden Revolution. So gibt er eine Fülle von Hinweisen, die zu einem besseren Verständnis der Geschehnisse in Deutschland führen können, als solche Schichten der Nation es bis heute zeigen.

Eine tiefinnerliche Einsicht, daß die alten Methoden der Rechtspolitik und das Unrecht auf keinen Fall eine Möglichkeit bieten, an dem Grund, an dem wir heute dahinstreben, vorbeizukommen und die Menschheit einer besseren Zeit entgegenzuführen, kommt in den Betrachtungen zum Ausdruck, die Leonhard Reiffen in seinem kleinen Essay „Vom Beruf der Philosophie unserer Zeit für die Erneuerung des öffentlichen Lebens“ (Neue Geist-Verlag) veröffentlicht. Er beschäftigt sich mit den geistigen Grundlagen der politischen Entwicklung bis in die neueste Zeit. Die Menschheit muß immer wieder zum blinden Autoritätsglauben führen, weil sie den Menschen an eine höhere, leitende Macht weist, die Sophistik zum sittlichen Anarchismus, weil sie den Versuch irgendwelcher Verpflichtungen an sich bestreitet und den Versuch des Menschen als absoluten Gesetzgeber veranlaßt. Gegenüber fordert Reiffen eine Fortführung und Durchdringung der friedlichen Erkenntnisse, die — von Plato ausgehend — in der menschlichen Vernunft das sittliche Gesetz unverrückbar verankern. Philosophie ist „rechtverstandenes ein bloßes Wiedererinnern“ und gegenüber der von außen gegebenen Ethik oder dem aus dem Skeptizismus geborenen sittlichen Anarchismus weist er mit Sokrates-Plato und Kant-de Fried auf das Prinzip der ethischen Selbstgesetzgebung der menschlichen Vernunft.

Als eine Fortführung und Ausgestaltung dieser Anschauungen sind Gedanken anzusehen, die im gleichen Verlag Hans Mühlstein, ein Schüler Leonhard Reiffens, in seinem Essay „Der neue Welt im Völkerverein und seine Durchsetzung im Friedensschluß“ zum Ausdruck bringt. Seine Überlegungen sind zu einer Zeit geschrieben, als der Krieg noch vor dem Abschluß stand und die Schale des Sieges sich scheinbar noch nach Deutschland neigte. Hans Mühlstein bekämpft mit aller Entschiedenheit jede Politik nach innen oder nach außen, die an die Stelle des Rechts und des Glaubens an die menschliche Güte und Vernunft das Vertrauen auf Macht und Nachteil und Nachschloren setzt. Erst wenn Macht und Recht gleichbedeutend geworden sind, dadurch, daß die wirklich nachvollziehenden zu tatsächlichen Machthabern geworden sind, ist eine Möglichkeit gegeben, der europäischen Welt die innere Neuordnung zu schaffen, die zum dauernden Frieden und zum menschheitlichen Verhältnis der Völker untereinander führt. Keine Durchsetzung dieser tiefen Rechtsidee erscheint auf dem Boden der bisher geforderten Demokratie als möglich, denn gerade sie ist zu einem der härtesten Mittel geworden, die Ungerechtigkeit in alle Ewigkeit zu verlängern. Die Demokratie hat die schwerste und größte Despotie heraufgeführt, die es bisher in Europa gegeben hat, die Despotie des Privatkapitalismus, und so lange dieser kapitalistischen Macht die Mittel gegeben sind, sich der demokratischen Einrichtungen in der bisherigen Weise durch Presse, Parlament, Banken, Beeinflussung usw. zu bedienen, solange ist an eine Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit nicht im entferntesten zu denken. Die innere Durchdringung eines Volkes mit dem Rechtsgedanken oder ist die einzige Gewähr für ein rechtes Verhalten nach außen und für die Möglichkeit, zu einer dauernden Friedensorganisation, zu einem wirklichen Völkerverein zu gelangen. Die Friedenskonferenz hat deshalb, wie Mühlstein schon damals klar erkannt hat, mit ihren Entscheidungen nicht nur das äußere Gesicht Europas in ihren Händen, sondern vor allem in der entscheidendsten Weise auch Einfluß auf die innere Neugestaltung bei allen Völkern. Die imperialistische, vom Geiste des Unrechts und der Vergeltung getragene Art, wie die Staatsmänner Europas auf der Friedenskonferenz wirkten, muß auf lange Zeit hinaus in Europa die Kräfte einer nachhaften sittlichen Erneuerung hemmen, Ströme von Haß, Rache und Feindschaft hervorrufen, wenn nicht der gewaltige revolutionäre Sturm die Narbenhäuser, die heute in Paris gebaut werden, umstößt und den Weg freimacht zu einer Verständigung von Volk zu Volk zu einer wirklichen Rechts- und wahren Menschheitsgemeinschaft.

Dr. u. a. z. f.

## Das neue Jerusalem.

Jerusalem hat jetzt seinen englischen Gouverneur. Hauptächlich ist nach dem bisherigen Plan auf die Erlösung des alten Jerusalem Bedacht genommen worden, aber gleichzeitig liegt auch der Entwurf für ein Neujerusalem vor mit einem ganzen Netz von Straßen, öffentlichen Plätzen und Gärten usw. Nach dem im neuen Orient mitgeteilten Plan soll die Stadt in 4 Zonen geteilt werden, deren innerste das alte Jerusalem in seinen Stadtmauern umfaßt und ganz unberührt bleiben soll. In der zweiten Zone liegen von besonders heiligen Plätzen der Garten Gethsemane, der Berg Zion und die Graber des Königs. Auch hier darf nicht gebaut, wohl aber soll noch etwas aufgeräumt werden. In der dritten Zone befindet sich unter anderem der Ölberg und der Berg des Kerkuffel. Wer in dieser Zone bauen will, bedarf dazu einer besonderen Erlaubnis. Die vierte Zone ist die Neustadt, eine moderne Anlage von erheblichen Ausmaßen.

Arbeiter-Kunst-Ausstellung. Infolge des großen Interesses, welches die Ausstellung der „Genossenschaft sozialistischer Künstler“ zur Zeit in der Drogenwerkstraße, Berlin, Kurfürststraße 141, in den Kreisen der Arbeiter, Arbeiterinnen und Schulen gefunden hat, ist beschlossen worden, dieselbe bis zum 12. Juli 1919 zu verlängern. Die Ausstellung ist täglich, auch Sonntags, von 10 bis 6 Uhr abends geöffnet.

Das Anonymum in Prag wendet Bemerkungen auf, um die Erlöse eines Preisauswählens zur Schaffung von Kleidererschiffen für Kriegsgeldbedürftige allgemein nutzbar und krieger, die eine Hand oder einen Arm verloren haben, im An- und Ablegen der Kleidung von fremder Hilfe unabhängig zu machen. Auf das Preisauswählen waren fast 2000 Bewerbungen eingegangen und 46 Preise wurden verteilt.

Das Großhändler-Kabinett J. B. Neumann, Kupferstraße 22, zeigt während der Monate Juli und August Werke von Holz, Steininger, Hebel, Herdendorf, Jaedel, Reiffen, Reiffen, Schmitz-Rottlauf u. a.

Auf der Jubiläumsausstellung des Sturm, Volksamerstraße 134a, stellt der Maler Kurt Schwitters neben Gemälden und Skulpturen seine sogenannten Merzbilder aus. (Aus verschiedenen alten Stoffen komponierte Bilder.) Außerdem zeigt die Ausstellung eine Gemalteschau der Sturm-Künstler.

Als großes und letztes Stück bringt Direktor Ernst Rothmann am 1. Juli 1919 im Wiener-Theater die sozialistische Tragödie „Das Gesetz“ von Paul Daber, dem mehrfachen sozialistischen Mitglied der Nationalversammlung heraus. Das Stück ist bereits in Leipzig gegeben worden.

Hamburg bekannt: Am Reichserbkundnisse beim Strüden der Reichswehr zu verhindern, wird die Volkswehr Groß-Hamburg für die Dauer der Anwesenheit des Korps-Vertreters Vorbed beurlaubt. Die Mannschaften beurlauben ihre Gehaltsliste bis 31. Juli 1919 weiter.

### Rüge in Landsberg a. W.

Landsberg (Warthe), 30. Juni.

Die Urakten in Landsberg sind als beendet anzusehen. Der bewaffneten Einwohnerversammlung ist es gelungen, die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. In den beiden letzten Nächten ist es zu Ausschreitungen und Plünderungen nicht mehr gekommen, und die in den Dörfern um Landsberg liegende Reichswehr hat nicht einzukreisen brauchen. Im Straußenhause ist ein Angehöriger des Landratsamtes, der bei den Urakten in der Donnerstagsnacht schwer verwundet worden war, gestorben. Es ist das zweite Opfer der Urakten.

### Von den eigenen Anhängern kaltgestellt.

Wie waren in den letzten Tagen wiederholt gezwungen, auf die arbeiterfeindliche Haltung hinzuweisen, die der „Vorwärts“ zu der Lohnbewegung der Eisenbahner einnahm. Dieses Blatt, das sonderbarerweise immer noch angibt, Arbeiterinteressen zu vertreten und für die Durchführung des Sozialismus zu kämpfen, schrieb ganz im Sinne der Scherkmaherorgane, der Streik der Eisenbahner sei rein politischer Natur und habe mit wirtschaftlichen Forderungen nichts zu tun. Die wirtschaftlichen Forderungen der Eisenbahner fanden bei ihm kein Verständnis. Er behauptet, diese seien von den „Repräsentanten der Regierung“ nur vorgeschoben, um einen wirklichen Streik für den Streik zu bekommen.

Ist nun sich der „Vorwärts“ in der „Arbeit“ aus Eisenbahnerkreisen lösen lassen, daß er durch seine Schreibweise die Deffenheit der Arbeiterschaft irreführt hat. Es wird ihm nachgewiesen, daß z. B. auf dem Schlesienschen Bahnhofs, wo Kommunisten und Unabhängige nur eine verabschiedende Winkerbildung bilden, „Sturm“ nach dem Streik verlangt wurde, als der verabschiedete Postkutsch, der den Eisenbahner das Koalitionsrecht nehmen will, bekannt wurde. In geheimer Abstimmung, für die sich der „Vorwärts“ immer so sehr ins Zeug legt, stimmten 270 für und 10 gegen den Streik. Die streikenden Eisenbahner verhalten sich mühevoll, ganz entgegengesetzt zu den Behauptungen, zu denen sich der „Vorwärts“ erklärte.

Die Zuhörer an den „Vorwärts“ schließt mit den bemerkenswertesten Sätzen: „Wäre die Haltung des Herrn Minister Oeder nicht so ablehnend gewesen, war auch dieser bedauerliche Lohnkampf nicht. Die Haltung des „Vorwärts“ in der ganzen Sache ist so schwankend, daß wir alle Parteigenossen ihre werden. Ein blühendes mehr und von Seiten der Partei hätte uns wohl auch über vieles vorwärts und beides hinweggeschoben und die Krise wäre überwunden.“

Alle Parteigenossen werden ab der schwankenden Haltung des „Vorwärts“ irren an der Sache, für die sie selber kämpften. Das ist das gleiche, was wir schon immer gesagt haben: Der „Vorwärts“ hat jede praktische Fühlung mit den Arbeitermassen verloren. Seine Arbeiterpolitik wird bald auf dem Niveau der Welt sein.

### Die Aushebung der Siedlung Blankenburg.

Durch die Presse lief in den letzten Tagen die Nachricht, daß in dem bayerischen Orte Blankenburg eine kommunistische Siedlung aufgehoben worden sei, wobei große Mengen von Waffen gefunden sein sollten. Es hieß auch, daß von dort aus ein allgemeiner Aufstand in Süddeutschland organisiert werden sollte.

Dazu wird uns nun von einem Mitglied dieser Siedlung folgendes mitgeteilt:

Die kommunistische Siedlung Blankenburg, die aus der frei-deutschen und Arbeiter-Jugendbewegung hervorgegangen ist, verfolgt keinerlei politische Kampfsziele, steht überhaupt dem öffentlichen Leben fern, hat insbesondere mit Waffen nicht das geringste zu tun und denkt gar nicht daran, Aufstände zu organisieren.

Die Siedlung ist lediglich durch eine auf kommunistischen Gedanken eingestellte Lebensform den ideellen Inhalt des Kommunismus innerhalb ihres kleinen Kreises zu verwirklichen suchen, indem sie sich unter anderem an der Stadt und ihren kapitalistischen Lebensformen freimacht, und ihren Mitgliedern gleiches Recht und gleiche Pflicht zur Arbeit, sowie auch gleichen Anteil an deren Erträge gewährleistet.

Die Maßnahmen der Regierungstruppen sind lediglich darauf zurückzuführen, daß bei mehreren in München erfolgten Untersuchungen die Adresse der Siedlung gefunden wurde.

### Keine Unterdrückung der Pressefreiheit!

Die „Bosnische Zeitung“ teilt folgenden Vorfall aus der Sitzung der Vertrauensmänner-Versammlung der Gewerkschaftsgesellschaften am Sonnabendabend im Gewerkschaftshause mit:

„Unser Berichterstatter wurde von einem der Vorstandsmitglieder gefragt, für welche Zeitung er schreibe. Als er hörte, sofort den Redner und richtete die Frage an die Versammlung, ob der Vertreter dieser Zeitungen weiter im Saale verbleiben dürfe. Ein Straßenbahner meinte, daß für sie nur die „Freiheit“ und allenfalls noch der „Vorwärts“ in Betracht kämen, nicht aber die bürgerlichen Blätter, die allesamt nur Allgemeinungen über die Straßenbahner brachten. Nachdem noch ein anderer Schaffner vor den Folgen gewarnt hatte, die ein solches Vorgehen gegen einen Pressevertreter haben würde, wurde fast einstimmig ein sofortiger Ausschluß aus der Versammlung beschlossen.“

Angesichts der Haltung, die die meisten bürgerlichen Blätter der Arbeiterschaft gegenüber einnehmen, können wir die gezeigte Stimmung, die auch unter den Straßenbahnern herrscht, verstehen. Wir meinen aber, daß der Ausschluß bürgerlicher Pressevertreter aus Versammlungen, die in keiner Weise als verträglich gekennzeichnet oder angekündigt worden sind, nicht der geeignete Weg ist, um gegen die arbeiterfeindliche Haltung der bürgerlichen Presse anzukämpfen.

### Die neue Jugendzeitschrift.

Unter dem Titel „Freie Jugend“ erscheint vom 1. Juli ab die neue Jugendzeitschrift, deren Herausgabe der letzte Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei beschlossen hat. Die Redaktion liegt in den Händen des Genossen Engelbert Graf. Die Zeitschrift wird monatlich zweimal im Umfang von je 16 Seiten erscheinen. Sie soll keinen einseitigen parteipolitischen

Charakter tragen, ihre Aufgabe ist die Erziehung unserer Jugend zum Sozialismus und zu einem freien, aufgeklärten Menschentum. Jede Sonderbündelei liegt ihr völlig fern.

Aus dem Inhalt der ersten Nummer heben wir hervor: Engelbert Graf: Verfall des Friedensbündnisses der Entente und die Internationale des Proletariats. — Otto Jenken: Rosa Luxemburg als Beherrin. — Anna Siemson: Rast Whitman. — Dr. Popih: Mume u. a. m.

Die Parteigenossen werden ersucht, für die neue Zeitschrift eine lebhaft propagandistische unter den Jugendlichen zu entfalten. Der Preis der Einzelnummer beträgt 3 Pfg., im Abonnement und durch die Organisationen billiger. Die erste Nummer erscheint als Propagandanummer und kann an die Parteioptionen, — wenn auch nicht in unbeschränkter Menge — gratis gegen Erstattung der Versandkosten abgegeben werden. Anträge sind umgehend unter Angabe der Anzahl der erbetenen Exemplare an die:

Verlagsgesellschaft „Freiheit“, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19, zu richten.

### Zewerkschaftliches.

#### Die Metallindustriellen gegen Streik und passive Resistenz.

Die Arbeitgeber der Metallindustrie sind immer tonangebend gewesen und sie suchen nach Mitteln, um sich der für Verbesserung ihrer Lage kämpfenden Arbeiterschaft nach Möglichkeit zu erwehren. Sie stützen sich durch die Arbeiterschaft nach behindert, so wie früher zu verfahren, wo sie den Herrn im Hause-Standpunkt rücksichtslos zur Geltung bringen konnten. Aber sie suchen nach Maßnahmen, um so nach und nach wieder ihre frühere unumschränkte Herrschaft wieder aufzurichten. Das beweist ein Rundschreiben folgenden Inhalts:

**Abschrift!**  
Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller.  
Tab.-Nr. 3588 Berlin W. 25, den 4. Juni 1919.  
Rundschreiben Nr. 179 Schönberger Ufer 13.  
Betr.: Verhalten bei Streiks und passiver Resistenz.

Die noch immer bestehenden Unsicherheiten über das Recht der sofortigen Entlassung bei Streiks und passiver Resistenz geben Veranlassung, auf folgendes hinzuweisen:

Gemäß § 123 Abs. 3 der Gewerbeordnung können Arbeiter sofort, d. h. ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist, entlassen werden, wenn sie die Arbeit unbesetzt verlassen haben oder sonst den nach dem Arbeitsvertrag ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen, beharrlich verweigern. Ein unbesetztes Verlassen der Arbeit liegt bei Streik vor. Demnach ist der Arbeitgeber in diesem Falle berechtigt, den Arbeitnehmer sofort zu entlassen und zwar ohne vorherige Androhung. Dieses Recht bleibt dem Arbeitgeber bei längerem Streik bis zu einer Woche, nachdem er von der Arbeitsverweigerung Kenntnis erlangt hat. Hat er in dieser Zeit den Arbeiter nicht entlassen, so verliert er das Recht der ordnungsmäßigen Kündigung, soweit die Demobilmachungsverordnung dies zuläßt.

Will der Arbeitgeber vom Recht der sofortigen Entlassung Gebrauch machen, so ist er dazu auch dann noch berechtigt, wenn der Arbeitnehmer zur Arbeitsstelle zurückkehrt, sofern dies innerhalb Wochenfrist erfolgt.

Wenngleich also, wie oben ausgeführt, eine vorherige Androhung nicht notwendig ist, so empfehlen wir diese im Falle eines Streiks doch in jedem Falle, um den Anschein einer Maßregelung zu vermeiden.

**Zu beachten!**  
Wahrgeldzahlung der Streiklage.  
Werbung an die öff. Fürsorge.  
Bei sofortiger Entlassung Anmeldung von der Ortskontrollstelle.

Bei passiver Resistenz kommt ebenfalls der § 125 Abs. 3 der Gewerbeordnung in Frage, wonach Arbeiter sofort entlassen werden können, wenn sie den nach dem Arbeitsvertrag ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen, beharrlich verweigern.

Der Tatbestand der beharrlichen Arbeitsverweigerung ist aber erst dann gegeben, wenn die Betroffenen zunächst dazu aufgefordert worden sind, weiterzuarbeiten.

Es empfiehlt sich deshalb, bei passiver Resistenz die einzelnen Arbeiter aufzufordern, die Arbeit bis zu einem bestimmten Termin voll wieder aufzunehmen, widrigenfalls zu einer Entlassung der Arbeiter geschritten würde. — Dies wird man zweckmäßig auch durch Anschlag bekanntgeben und gleichzeitig darauf aufmerksam machen, daß für die Zeit der passiven Resistenz natürlich kein Lohn gezahlt wird.

Der Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig überfendet bezüglich des Verhaltens bei Streiks und passiver Resistenz das vorstehende Rundschreiben an seine Mitglieder, von dessen Inhalt wir Kenntnis zu nehmen bitten.

Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller.  
Die Geschäftsführung.  
gez.: Dr. Grabenstedt.

Man sieht, die Metallindustriellen werden immer munterer, ein Anlaß, daß auch die Arbeiter auf dem Posten sein müssen.

#### Maßregelung bei einer Kriegsorganisation.

Es scheint bei den Direktoren der Kriegsorganisationen jetzt Mode zu werden, die Offiziere, die energisch für die Interessen der Angestellten eintreten, ohne Grund oder mit künstlich zusammengeschüttelten Gründen zu maßregeln. Der Ökonom und Arbeiterrat der Reichsbahn, Dr. Kaplan, ist freilich entlassen worden. Der Grund dürfte darin zu suchen sein, daß Dr. Kaplan in der Abteilung, durch welche die Kommunalverbände beliefert werden, große Risiken ausgeht und die Entlassung der Bureauvorsteherin dieser Abteilung verlangt hat. Der jetzige Leiter der erwähnten Reichsstelle, Herr Oberregierungsrat Daafelau — rühmlichst bekannt durch sein früheres Auftreten gegen die Beamten des Polizeipräsidiums — glaubte den Ange-

stellten-Kundschuß bei dieser Maßnahme sowohl wie bei der Maßregelung des Ökonomen einfach ignorieren zu können.

Genügen dieser Annahme laßen die Angestellten der Reichsbahnbestehungsstelle und zahlreiche Delegierte der übrigen Kriegsorganisationen in einer am 27. Juni getagten Versammlung den Beschluß, die sofortige Wiedereinstellung des Ökonomen und die Enttarnung des Herrn Daafelau und des Personalchefs Dr. Kahl zu verlangen. Eine von der Versammlung gewählte Kommission verfuhr am andern Sonntag bei Herrn Daafelau die Zurücknahme der Kündigung zu erwirken. Die Wiedereinstellung lebte Herr Daafelau ab. Das Reichswirtschaftsministerium, an das sich die Kommission nunmehr wandte, versprach, die Sache genauehens unterzuchen zu wollen. Die Angestellten erklärten, folge auch diese Instanz verlegen, sich ihr Recht selbst verschaffen zu wollen.

## Groß-Berlin.

### Dienstag Volksversammlung der Arbeiter-Räte.

Die Volksversammlung der Arbeiter-Räte, der kommunalen Arbeiter-Räte sowie der Delegierten der Soldaten-Räte findet am Dienstag, den 1. Juli, vormittags 9 Uhr in den Germania-Sälen, Chausseest. 110, statt.

Tagesordnung: 1. Die Verhaftung der Mitglieder des Volksrates der Arbeiter-Räte und die Hausdurchsuchung in den Büroräumen des Volksrates. 2. Herstellung der Pressefreiheit. 3. Erlaß des Reichswehrministers Noske zum Eisenbahnerstreik. 4. Boykott der Freiwilligen-Verbände.

#### Der Volksrat

der Arbeiter- und Soldaten-Räte Groß-Berlins.

Friedrich Prolet, J. A.: Heinrich Wasthahn.

(Weider ist und diese Bekanntmachung gekenn nicht zu gegangen, so daß wir sie erst heute veröffentlichen können. D. Red.)

### Sie wollen nichts mehr von ihm wissen.

Die Abonnenten des „Vorwärts“ wollen nichts mehr von ihm wissen. Viele haben abbestellt und andere sind mit ihrem Blatte so unzufrieden, daß es nur eine Frage der Zeit ist, wenn auch sie den „Vorwärts“ aus dem Hause werfen. Die Arbeiter, die heute das Blatt noch halten, ärgern sich alle Tage über das Geschreibsel, das ihnen vorgelesen wird. Die Redaktionen kennt diesen Unmut, und sie muß versuchen, zu beklugeln. Das tut sie, indem sie ihre Abonnenten beschwört, ja nicht abzubestellen. Wer abbestelle, vergrößere nur die Abonnentenanzahl der verantwortungslosen Presse, der es nicht toll genug drunter und drüber geben könne, die nie ein Wort gegen die Attentate auf das Gemeinwohl, nur gegen ihre Bekämpfung finde und die insgeheim ihre Freude an dampfenden Quisternen habe, an denen sie ihr Süpplein wärmt.“

Ganz im Sinne der bürgerlichen Presse. So schrieb früher die staatsbehaltende reaktionäre Presse über den „Vorwärts“, wo er noch wirklich sozialdemokratisch war.

Und dann erzählt das Blatt, seinen Lesern, wie ein Mann gesehen habe, daß ein Zeitungsaussträger der „Freiheit“ seinen vor seiner Tür hängenden „Vorwärts“ weggenommen habe, um den „Vorwärts“ zu fressen. Und dieser Zeitungsaussträger sei sogar ein Funktionär der Unabhängigen gewesen. Und weil diese Unabhängigen solche Spitzhunden sind, so ist ihnen zuzutragen, daß sie liberal so gemein arbeiten und die Vorwärtsleser ärgern. Wenn also die Vorwärtsabonnenten ihre Zeitung nicht pünktlich bekommen, so sind daran nur die Unabhängigen schuld. Diesen handgreiflichen Vorwärtschwinkel werden jetzt die Vorwärtsleser zu stark finden, als daß sie ihm noch glauben. Eine schmierige Gesellschaft, diese Vorwärtsredaktion. Aber das neue Mittel wird nicht mehr helfen, von Abonnenten schwind aufzuhalten.

### Die Kommunalisierung der Straßenbahn.

In der heute anberaumten Sitzung des Zweckverbandes erstattete die eingesetzte Kommission Bericht über die Verhandlungen mit der Direktion und dem Aufsichtsrat der Großen Berliner Straßenbahn. Der Referent schilderte die Verhandlungen und die Waise, auf der die Verwirklichung erfolgt sei. Der Uebereinkommenpreis ist ein Mittel zwischen dem Angebot des Zweckverbandes und der Forderung der Straßenbahn. Die Verwirklichung erteilt ihre Zustimmung zu dem vorgeschlagenen Uebereinkommen. Damit ist eine Forderung erfüllt, die seit 25 Jahren von den Sozialdemokraten in der Berliner Stadtvogewaltung erhoben worden ist. Immer ohne jeden Erfolg. Daß der uninitiierte Zweckverband zu der Kommunalisierung der Straßenbahn keine Zustimmung erteilt, liegt daran, daß die bürgerlichen Mitglieder den Widerstand als ausfallslos aufzugeben haben. Würde die Kommunalisierung heute nicht beschlossen worden sein, so wäre sie in einigen Monaten doch gekommen. Ein Wehrmachtstropfen fällt in den Brandherd. Daß ausgerechnet in dieser Situation die Straßenbahner in einen Streik treten wollen. Für die Kommunalisierung wird dieser Schritt nicht bahnbrechend wirken. Nach dem Beschlusse soll die Bahn vom 1. Januar 1920 auf Rechnung der Stadt betrieben werden und es ist eine unerfreuliche Erscheinung, daß die Straßenbahner mit ihrer Direktion nicht ins Reine gekommen sind. Wenn heute der Zweckverband die Verpflichtungen übernehmen soll, die die Straßenbahner fordern, so müßte er sofort mit einer Tarifserhöhung seine Arbeiten beginnen. Dies bedeutete aber die schlimmste Diskreditierung der Kommunalisierung. Und das wollen auch die bürgerlichen Mitglieder des Zweckverbandes, die dem Publikum zeigen wollen, daß er mehr zahlen muß, wenn die Gemeinden Betriebe in die öffentliche Hand nehmen.

Die Berliner Tageszeitungen kosten vom 1. Juli ab der gegenwärtigen Versteigerungs- und Materialpreise wegen im Straßenverkauf auch für die Abendnummern 15 Pfennig pro Exemplar. Auch die „Freiheit“ ist genötigt, diese Preisverhöhung vorzunehmen.

Freie sozialistische Jugend. Die Mitglieder der Ortsgruppen müssen sich in dieser Woche an jedem Tage (auch heute) abends 7 1/2 Uhr in den Blüden Gruppenlokalen (ober in der Nähe) versammeln. — Am Dienstag abend ebenda Treffpunkt 8 Uhr zur Teilnahme an den Massenversammlungen um 7 Uhr im Stadttheater Markt und in den Germania-Sälen. — Die Zentralvorstandssitzung findet heute, Montag, wie üblich, statt.

## Ledebour

vor den Geschworenen

in

soeben erschienen

Preis 75 Pfennig

Bestellungen richte man an die

Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin NW 6  
Abteilung Buchhandel Schiffbauerdamm 19

